



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Pettizeile 1/- Reichsmark Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Solidarität im Kapitalismus.

Die Weltwirtschaftskonferenz hat den durch ihre Sachverständigen beteiligten Ländern die Befolgung einer vernünftigen Handelspolitik empfohlen. Ihre Beschlüsse wurden im Zeichen der weltwirtschaftlichen Solidarität der gleichlaufenden Interessen der Völker gefaßt. Jedoch binden die Beschlüsse der Konferenz die beteiligten Länder in keiner Weise und können ohne weiteres übergangen werden. Ihre Befolgung würde das Vorhandensein einer internationalen Solidarität voraussetzen. Davon kann man aber gegenwärtig nicht die geringsten Anzeichen entdecken. Alles, was die Handelspolitik der letzten Jahre gekennzeichnet hat, war eine Verhöhnung des Gedankens der weltwirtschaftlichen Solidarität.

Auf der Konferenz verlangte man die Förderung des internationalen Warenaustauschs. Wie steht es heute darum? Unbestimmert um die alte Wahrheit, daß man die Ausfuhr nur braucht, um die Einfuhr zu bezahlen, kehrt man wieder zu der merkantilistischen Auffassung zurück: möglichst wenig Einfuhr und möglichst viel Ausfuhr. Jedes Land möchte seine Einfuhr dröseln und trotzdem seine Ausfuhr steigern. Woher die in ihrer Ausfuhr gehemmten Völker die Kaufkraft für die Aufnahme der Waren jener Länder, die sich vor der Einfuhr abschließen, auf die Dauer nehmen sollen, bleibt ein Rätsel, um dessen Lösung sich unsere Neu-Merkantilisten wenig bemühen.

Dementsprechend verhalten sich die einzelnen Länder zur Frage des Zollabbaus. Jedes Land meint: das andere Land soll seine Zölle ermäßigen, damit ich meine Waren dorthin ausführen kann. Ich aber möchte mich vor der Einfuhr aus jenen Ländern weiter mit gewaltigen Zollmauern verschließen und werde nur soweit Zugeständnisse und Einfuhrerleichterungen gewähren, als dies unbedingt nötig ist. Im übrigen sind die Handelsvertragsverhandlungen dazu da, um den Partner möglichst zu überrollen. Kennt man die Kniffe und Praktiken dieses Kuhhandels, so kann man Zollermäßigungen gewähren, die in Wirklichkeit keine sind. Und auch sonst gibt es Wege genug, die unwillkommene Einfuhr fernzuhalten. Also auch beim Zollabbau: der andere soll Opfer bringen.

Unter dem Schutz der Monopole, die die Hochhaltung der inländischen Preise ermöglichen, wird heute eine Schlußdecksung in einem Ausmaß betrieben, wie dies noch nie zuvor da war. Die deutsche Industrie, in der die Monopole am meisten entwickelt sind, kann sich dessen rühmen, daß sie die Schleuderausfuhr am weitesten getrieben hat. Trotzdem hört man, daß die deutsche Schwerindustrie die Einführung von Dumpingzöllen fordert: auch hier bewährt sich derselbe Grundatz: wir selbst dürfen Schleuderausfuhr in größtem Maßstabe üben, wenn aber die anderen Länder daselbe tun, müssen wir uns dagegen durch weitere Zollerhöhungen verschperren.

Es gibt noch einen anderen Weg, der in den letzten Jahren vielfach gegen die Schleuderausfuhr eingeschlagen wurde: die Schaffung von internationalen Kartellen. Internationale Kartellvereinbarungen sollen imstande sein, die Schleuderausfuhr zu unterbinden. Also doch internationale Solidarität des Kapitals? Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Man nicht die internationalen Kartelle aus, um die Einfuhr fernzuhalten! Sicherung des inneren Marktes. Dann aber kommt der Quotenkampf, welcher bei der Gründung und Erneuerung jener Kartelle geführt wird. Die Parteien müssen in schwerer Rüstung bereitstehen, sowohl für den Quotenkampf wie für den Fall der Kartellauflösung. Daher müssen trotz des internationalen Kartells die Schutzzölle bestehen bleiben. Und wie steht es mit der Schleuderausfuhr bei internationalen Kartellen? Sie wird in jenen Ländern, welche außerhalb der Kartellvereinbarung bzw. der untereinander aufgeteilten Absatzgebiete bleiben, nur um so schärfer geführt. Die großen Kartellgewinne ermöglichen es, in jenen Gebieten ein noch schärferes Dumping zu betreiben.

Ferner die wirtschaftliche Solidarität bei der Rohstoffbeschaffung: die Länder, welche über Rohstoffmonopole verfügen, mißbrauchen die Lage

durch Einführung von Maßnahmen, die geeignet sind, die Rohstoffpreise in die Höhe zu treiben und damit die Weltversorgung mit jenen Rohstoffen zu verteuern. Doch sind diesen Rohstoffmonopolen mächtige Gegner erstanden. Da sehen wir den amerikanischen Handelsminister Hoover, wie er voll Eifer und Mut den Kampf gegen die Rohstoffmonopole führt. Auch die englische Regierung läßt es sich nicht nehmen, ab und zu gegen die Rohstoffmonopole vorzugehen, wie dies letzthin im Falle des internationalen Kupfermarktes geschah. Also Solidarität der Rohstoffverbraucher gegen die Ausbeutung? Es muß jedoch stuhig machen, wie Hoover und die englische Regierung, sobald es sich um Rohstoffmonopole des eigenen Landes handelt, diese nicht nur dulden, sondern sogar mit allen Mitteln zu fördern bereit sind. Gegen die künstliche Erhöhung der unter amerikanischen Einfluß stehenden Getreide-, Baumwoll-, Zucker- und Kupferpreise usw. hat Hoover niemals irgendwelche Einwendungen gemacht, ebensowenig wie die englische Regierung gegen die künstliche Erhöhung der Preise für Gummi und Zinn, wofür England eine Monopolstellung besitzt. So ist es um die Solidarität bestellt.

Auf der Weltwirtschaftskonferenz sprach der englische Vertreter, Sir Runciman gegen die Schiffsahrtskonventionen. Es vertohe gegen die internationale Solidarität, wenn die Schifffahrt eines Landes mit künstlichen Mitteln gefördert wird. Sehr richtig; trotzdem ist der englische Standpunkt ein wenig verächtlich angefaßt der Tatsache, daß die englische Schifffahrt mit ihren lange amortisierten (abgeschriebenen) Schiffen einer Subventionierung nicht bedarf. Sir Runciman veräumte aber, von jenen Subventionen zu reden, die England etwa für seine Zuckerraffinerien zu gewähren für richtig hält. Auch in diesem Punkte gilt der Satz: die anderen Länder mögen sich der Gewährung von Subventionen enthalten, mir hingegen darf dies nicht verwehrt werden.

Wie steht es um die Kaufkraft der Völker? Die Feststellung, daß die Kaufkraft gestärkt werden muß, wenn die hergestellten Waren abgesetzt werden sollen, ist heute bereits zu einer Binsenwahrheit geworden. Wie wird aber diese Erkenntnis angewandt? Innerhalb der einzelnen Länder sagt sich der von der Wichtigkeit der Kaufkraftsteigerung durchdrungene Unternehmer: es ist ganz gut, wenn die anderen Unternehmer bzw. andere Industriezweige höhere Löhne und Gehälter zahlen, damit ich meine Waren besser absetzen kann. Für mich selbst gilt diese Regel nicht: um meine Produktionskosten zu senken und dadurch meine Gewinne zu steigern, ist für mich der bequemste Weg, die Löhne und Gehälter weiter niedrig zu halten. (Falls mir aber durch Lohnerhöhungen der anderen die Gefahr droht, daß auch ich die Löhne steigern muß, dann sollen lieber auch die anderen bei niedrigen Löhnen bleiben. Nur so weit reicht das Kaufkraftargument.) Dasselbe gilt für die internationalen Beziehungen: die Kaufkraft des eigenen Landes soll durch vermehrte Ausfuhr steigen, den anderen Ländern jedoch mag dieser Weg der Kaufkraftsteigerung verschlossen bleiben.

Kann es bei dieser Einstellung der kapitalistischen Wirtschaft wundernehmen, wenn auch da, wo über Krieg und Frieden gesprochen wird, dieselbe Art von Solidarität waltet, nämlich in der Abrüstungsfrage? Auch bei den Abrüstungskonferenzen tritt mehr oder weniger wieder dieselbe Gedankens hervor: Die anderen Länder sollen abrüsten, ich aber darf meine Rüstungen weitertreiben. Die Seemacht befürwortet die Abrüstung zu Lande, die Landmacht die Abrüstung zur See. Man sucht nach Abrüstungsformeln, die es ermöglichen sollen, die eigenen Rüstungen weiter zu treiben.

So sieht das, was man weltwirtschaftliche Solidarität nennt, heute aus.

Es ist kein Beweis für eines Menschen Verständnis, wenn er imstande ist, das zu betätigen, was ihm zulagt; aber die Fähigkeit, zu unterscheiden, das das, was wahr ist, wahr — und das, was falsch ist, falsch ist, das ist ein charakteristischer Beweis für seine Intelligenz.

Gewerkschaftliche Berufs- und Klassenpolitik.

Die moderne Gewerkschaftsbewegung ist aus der Erkenntnis der Arbeiter entstanden, daß sie sich zur Verteidigung ihrer Lebenshaltung sowie zur Besserung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Lage zusammenschließen müssen, wenn sie nicht dem übermächtigen Drucke des rücksichtslos und einseitig auf seinen Vorteil hinstrebenden kapitalistischen Unternehmertums erliegen wollten. Der Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung überzeugte sie davon, daß zwischen Kapital und Arbeit Gegenläge bestehen, die eine friedliche Verständigung ausschlossen und Konflikte hervorriefen, die nur durch den wirtschaftlichen Kampf zu einem für die Arbeiter annehmbaren Ausgleich gebracht werden konnten. Das Bestreben der Gewerkschaften war deshalb von Anfang an darauf gerichtet, alle Arbeiter zu vereinigen, um stark genug zu sein, diese Kämpfe siegreich zu bestehen. Konfessionelle und politische Meinungsverschiedenheiten haben diese Einigung zum Schaden der Arbeiter verhindert, obwohl sie sehen mußten, daß berartige Meinungsverschiedenheiten bei den Unternehmern niemals eine besondere Rolle spielten, um sie von einem Zusammenschluß zur Vertretung ihrer Interessen abzuhalten. Nur bei den Arbeitern zersplitterten sich die Organisationen in verschiedene Richtungen, die heute noch vorhanden sind.

Neben den freien Gewerkschaften haben es nur die christlich-nationalen Gewerkschaften zu einer gewissen Bedeutung gebracht. Sie wurden geschaffen mit der durchaus unzutreffenden Begründung, daß die freien Gewerkschaften nicht politisch und konfessionell neutral seien. Weiter machte man ihnen zum Vorwurf, daß sie den Klassenkampf vertreten. Der Zweck war, die christlichen Arbeiter dem Zentrum und der von ihm betriebenen Politik zu erhalten sowie einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben. Die christlichen Gewerkschaften lehnten zunächst den wirtschaftlichen Kampf mit dem Unternehmertum ab und glaubten, unter Betonung ihres wirtschaftsfriedlichen Charakters, sich mit dem Unternehmertum jeweils über die berechtigten Forderungen der Arbeiter verständigen zu können. Von diesem utopistischen Glauben wurden sie jedoch durch das Verhalten der Unternehmer sehr bald geholt und auf den gleichen Weg gedrängt, den vor ihnen die freien Gewerkschaften gegangen waren. Der von den Unternehmern vertretene Machtsstandpunkt des „Herrn im Hause“ ließ es nicht zu, mit ihnen zu verhandeln oder ihnen Zugeständnisse zu machen. Wollten sie etwas für ihre Mitglieder erreichen und die Existenzberechtigung der christlich-nationalen Gewerkschaftsrichtung nachweisen, so blieb ihnen nichts anderes übrig, als ebenfalls für ihre Forderungen zu kämpfen. Das führte dazu, daß die christlichen Gewerkschaften von den Unternehmern schließlich nicht anders als die freien Gewerkschaften eingeschätzt und bekämpft wurden. So sind sie allmählich ebenfalls zu Kampforganisationen geworden, die zwar den „Klassenkampf“ abschwören, die angeblich „marxistischen Ziele“ der freien Gewerkschaftsbewegung ablehnen und behaupten, lediglich eine „gesunde Berufs- und Standespolitik“ der Arbeiter zu betreiben, im übrigen sich aber gegenüber den freien Gewerkschaften nur durch ihre politische sowie wirtschaftliche Inkonsequenz und Unzuverlässigkeit auszeichnen.

Die Ablehnung des Klassenkampfes wie der marxistischen Ziele der freien Gewerkschaften gehört zu den notwendigen Requiriten der christlichen Gewerkschaftsrichtung, um neben der besonderen Betonung ihrer christlichen Weltanschauung wenigstens einige Unternehmertumsmerkmale hervorheben zu können, die ihr Dasein einigermaßen als berechtigt erscheinen lassen. Das ist für sie um so notwendiger, als die frühere Schwärmererei von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit einer realeren Auffassung weichen mußte, die sie mit den freien Gewerkschaften sehr häufig in nahe Berührung bringt sowie zwingt, in zahlreichen Fällen mit ihnen zusammen zu arbeiten. Die wirt-

schafflichen Notwendigkeiten erkennen sich eben auch hier stärker als noch so künstlich aufgebauten Glaubenssätze. Diese nötigen auch den christlichen Arbeiter und damit den christlichen Gewerkschaften den Klassenkampf auf, wogegen alles Sperren und Abzueignen nutzlos ist. Die gleichen wirtschaftlichen Notwendigkeiten drängen die christlichen Gewerkschaften über die einseitige, engbegrenzte gewerkschaftliche Berufspolitik hinaus zur Klassenpolitik. Zwar ist diese unter dem Einfluß des Zentrums eine sehr unzureichende und widerspruchsvolle, aber sie muß betrieben werden, wenn die christlichen Arbeiter bei der Stange bleiben und nicht in das freigewerkschaftliche Lager übergehen sollen. Was hiernach noch als besondere „Berufs- und Standespolitik“ übrigbleibt, ist nicht hoch anzuschlagen.

Bei dem Streben der Arbeiter nach sozialer Besserstellung ist ihnen mit beruflichen Zugeständnissen allein wenig geholfen. Die beruflichen Interessen bilden nur einen Teil der von der Arbeiterschaft zu verfolgenden Klasseninteressen. Die soziale Lage der Arbeiter kann nicht im Rahmen des Berufs, sondern nur in dem der Gesamtheit der Klasse wirksam verbessert werden. Das bedeutet nicht, daß die Gewerkschaften die beruflichen Interessen der Arbeiter vernachlässigen dürfen. Ihre Wahrnehmung bildet stets eine wichtige Aufgabe. Weit darüber hinaus geht jedoch das gemeinsame Interesse aller Arbeiter, dessen Verfolgung eine Klassenpolitik und den auf das Wohl der Gesamtheit konzentrierten Klassenkampf erfordert. Letzterer ist keine Erfindung der freien Gewerkschaften, sondern er ergibt sich von selbst aus der Struktur der gegenwärtigen Gesellschaft mit ihrer ausgesprochenen Klassenfichtung. Sie tritt nicht nur in dem Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter, sondern ebenso in den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart hervor. Es heißt die Augen verschließen, um das nicht sehen zu wollen!

Wohl ist es auch heute noch möglich, daß gewisse, eng begrenzte Kreise der Arbeitnehmer, soweit sie im Produktionsprozeß eine besondere Stellung einnehmen, unter Absonderung von der übrigen Arbeiterschaft eine höhere Stellung einnehmen und eine Besserstellung erlangen können. Das Unternehmertum läßt sich darauf ein, wenn es daraus einen Vorteil zu ziehen vermag. Sein Bestreben ist stets darauf gerichtet, zu teilen, um zu herrschen. Aus diesem Grunde begünstigt es die Berufs- und Standespolitik solcher Berufsklassen, um die übrigen besser unterdrücken und ausbeuten zu können. Ein Beispiel hierfür bot noch vor nicht allzulanger Zeit England, wo die gelehrten Arbeiter infolge der einseitigen Berufspolitik der Trades Unions gegenüber den Angelernten eine Einstufung einnahmen. Diese Tat ist jedoch bei dem heutigen Stand der Gewerkschaftsbewegung nur noch in sehr beschränktem Umfange, für die breiteren Berufsklassen aber überhaupt nicht mehr anwendbar. Denn auch die ungelerneten Arbeiter fordern — und zwar mit Recht! — den ihnen angemessen erscheinenden Anteil am Produktionsertrage und lassen sich eine Zurücksetzung nicht mehr gefallen. Wollen daher die Arbeiter eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, so können sie diese nur durch eine starke gewerkschaftliche Organisation und deren Anschließung an die allgemeine freie Gewerkschaftsbewegung durchsetzen. Jede Zerstückelung in Richtungen, gleichgültig welcher Art, ist für diese Bestrebungen ein Hindernis und für die Arbeiter ein Nachteil!

Die Notwendigkeit eines einheitlichen Zusammenschlusses der Arbeiter in der freien Gewerkschaftsbewegung ergibt sich nicht aus deren Stärke, sondern auch aus ihren Zielen. Diese werden von ihren Gegnern mit besonderer Vorliebe als „marxistische“ bezeichnet.

Sehr wenige von denen, die diese Bezeichnung anwenden, wissen, was darunter zu verstehen ist. Sie haben vielleicht den Namen Marx oder das Wort „Marxismus“ gehört, von der Bedeutung dieses sozialistischen Theoretikers und seiner Lehre jedoch keine blasse Ahnung. Wäre es anders, so müßten sie wissen, daß es eigentlich gar keine marxistischen Ziele gibt und solche von den freien Gewerkschaften auch nicht verfolgt werden können. Marx selbst hat den von seinen Gegnern wie Anhängern gebrauchten Begriff „Marxismus“ abgelehnt und betont, daß er kein „Marxist“ sei. In seinem berühmten Buche „Das Kapital“ sowie in einer Reihe sonstiger Schriften untersucht er lediglich die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus und stellt fest, wie dieser in seiner Entwicklung zur Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsordnung führen muß. Daß die wirtschaftliche Entwicklung, wenn auch von den kapitalistischen Unternehmern ungewollt, diesem Ziele zutreibt, kann gar keinem Zweifel unterliegen, wenn man die gewaltigen Umwälzungen betrachtet, die sich in der letzten Jahrhunderthälfte auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete vollzogen haben und noch vollziehen. Ebenso zweifellos ist, daß nur eine derartige gesellschaftliche Umwandlung den Arbeitern das bringen kann, was die Gewerkschaften für sie erstreben: Rechtliche und wirtschaftliche Gleichstellung mit den Unternehmern, Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung zum Nutzen einiger weniger, und gerechte Beteiligung aller Arbeitenden an den von ihnen geschaffenen Kulturwerten entsprechend ihrer Leistungen.

Nicht Marx hat diese Ziele aufgestellt, sondern sie ergeben sich aus der kapitalistischen Entwicklung von selbst, was ihre Bedeutung in nichts beeinträchtigt, ebenso wenig, wie sie den Wert seiner Lehre schmälern können. Wenn sich die freien Gewerkschaften auf den Boden dieser Lehre stellen, so anerkennen sie nur deren Folgerungen, die das Endprodukt der kapitalistischen Entwicklung greifbar vor Augen führen. Man kann sehr verschiedener Ansicht darüber sein, wie lange es noch dauern wird, bis die von ihnen erstrebten Ziele erreicht sind. Das darf nicht abhalten, ihnen nachzustreben und in oft mühevoller Kleinarbeit alle Hindernisse hinwegzuräumen, die sich uns auf dem Wege dahin entgegenstellen. Nur dem Umstande, daß die freien Gewerkschaften ihre Ziele unangefochten im Auge behalten und sich nicht auf die Wahrnehmung spezieller Berufsinteressen ihrer Mitglieder beschränken, haben sie den Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung sowie die wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Erfolge zu verdanken. Auf anderem Wege wären diese Erfolge niemals erreicht worden! Dennoch ist das Erreichte erst ein Teil des Angestrebten. Die Gewerkschaften werden noch andere Aufgaben bewältigen müssen. Aber der Weg, den sie bisher zurückgelegt, hat sich als der richtige erwiesen. Es darf die Arbeiter deshalb nicht irre machen, wenn man die von den Gewerkschaften verfolgten Ziele herabzusetzen, in den Augen der Unverständigen als „marxistische“ in Verber zu bringen sucht. Sie brauchen sich ihres großen sozialistischen Lehrers nicht zu schämen, der ihnen das Wort zurief: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Sein Ruf steht nicht hinter jenem zurück, der vor ihm seinen Jüngern predigte: „Geht hinaus in alle Welt und lehret alle Völker!“ Die freie Gewerkschaftsbewegung steht auf realem Boden. Das Begonnene muß weitergeführt werden. Nur so betreiben wir das, was als gefundenes Berufs- und Klassenpolitik bezeichnet werden kann, zum Besten aller, die unter dem heutigen kapitalistischen Ausbeutungssystem leiden.

Matutata.

Sausfrauenferien.

Tag für Tag und Jahr für Jahr arbeiten die Hausfrauen ununterbrochen in ihrem kleinen, teils auch großen Haushalt, stehen mit müden Füßen in den nassen Wäschebänken, laufen ohne Murren treppauf und treppab, sorgen von frühmorgens bis spät abends, betreuen die Kinder und den Mann und kämpfen heftig gegen Schmutz und Bewahrlosung. Ein Leben voller Arbeit, voller Kummer und Mühe, ohne Freude und Sonnenschein, ein ewiges Lastentragen und wenig frohe Stunde, so reihen sich quatsch die Tage der Hausfrau aneinander und entbehren des farbigen Schmucks frohrgähliger Erlebnisse.

Und verlangt die abgebräunte, müde und arbeitssame Hausfrau einige Tage oder gar Wochen Ferien, dann schütten nicht nur die gleichgültigen Menschen die Köpfe, nein leider auch die immer erholungsbedürftigen Männer dieser noch viel mehr erholungsbedürftigen Frauen. Ferien... Hausfrauenferien... Nein! Das kennen wir nicht! Woju brauchen die Hausfrauen Ferien, arbeiten sie mühen sie sich ab, oder sind sie nicht schon am Nachmittag fertig, können spazieren gehen, während die armen, besagten Männer noch in der Fabrik, im Kontor sich abschwimmen oder weiter schwitzen können? Ja, so fragen sich alle Männer und wissen oder wollen nicht wissen, daß auch ihre Frauen, die den Haushalt führen sollen, ferienbedürftig sind.

Für sich wissen die Männer wohl die Ferien herauszufinden, sie halten diese für unbedingt wichtig, wenn Gesundheit und Schaffensfreude nicht leiden sollen, aber die Frauen... was brauchen die Ferien?

Ist denn das bishigen Haushaltsführen nur annähernd mit der beruflichen Arbeit zu vergleichen? Ich bitte Sie! Den Haushalt machen ja viele Frauen, die noch beruflich tätig sind, so... nebenbei! So nebenbei! Und so sieht der Haushalt auch immer... nebenbei gemacht aus! Frauen, die berufstätig und von modernen Ideen vollgepfropft sind, die keinen Haushalt mehr führen wollen, weil die Haushaltsführung nicht mehr modern sein soll, und die Männer, die niemals der Hausfrauenarbeit gerecht geworden sind, die fragen sich umsonst, warum die Hausfrau, ausgerechnet die Hausfrau, die sich schon genug gute Tage gemacht... Ferien beanprucht! Wofür? Ja, wofür, fragen diese Besserwisser! Und dann... ja, dann kommt der Egoismus des Mannes. Geht die Hausfrau wirklich in Ferien, wer soll dann den Haushalt führen, wer soll waschen und aufräumen? Will man das dem Manne zumuten? Aber ich bitte Sie, wie kann man derartige dem Manne zumuten, der ermüdet von der Arbeit kommt und einen gedeckten Tisch erwartet? Ja, das steht selbst die Hausfrau ein und sieht deshalb... zu Hause und verzichtet auf Ferien. Wir sprechen und schreiben nicht von den Ferien derjenigen Frauen, die mit ihren Männern oder vielfach auch ohne dieselben ins Bad oder Gebirge gehen, sich Wochen von ihren gesellschaftlichen Strapazen erholen, damit sie mit frischen Kräften in die winterlichen Vergnügungen des großstädtischen Gesellschaftslebens stürzen können. Nein, von diesen genussüchtigen Frauen, die ja auch keine Frauen, sondern Damen sein wollen, schreiben wir hier nicht, sondern von den Arbeiterfrauen, die notwendig die Hausfrauenferien brauchen, damit neue Lebenskraft und Lebensfreude in die Herzen dieser abgearbeiteten und von schweren Sorgen gequälten Frauen Einzug halten.

Die Sorgen des Alltags lasten auf den Schultern der immer unermüdbaren Hausfrau. Sie kann oft ihre Seele nicht freihalten für tiefere Erlebnisse, muß

Vom Papier.

In Rollen und Ballen kommt es in die Druckerei. Feinste und gewöhnlichste Sorten des Papiers lagern nebeneinander und warten auf ihre Verwendung.

Es war ein weiter Weg, bis der Rohstoff zu Papier wurde. Die Arbeit ungläubig fleißiger Hände war nötig, bevor die Druckerei ihre Papierlieferung erhielt.

Der Holzstamm im Walde mußte an großen Bäumen die Art anlagen; das Holz der Bäume mußte sorgfältig bearbeitet werden und dann kam es in die großen Fabriken. Sie bringen es fertig, daß auf der einen Seite der riesige Baumstamm in die Maschine gesteckt wird und auf der anderen Seite das fertige Papier zum Vorschein kommt.

Wieder ein Wunder der Technik, auch hier hat sie also Erfauliches geleistet! Millionen Kubikmeter Holz werden von der Papierproduktion verschlungen. Wird der Holzbestand unerschöpflich sein, daß auf immer und ewig — solange das Menschengeschlecht leben wird — das Papier produziert werden kann?

Die Folgen wären nicht auszubedenken, wenn dieser Urquell verfehle, wenn die Menschen eines Tages auf das Papier verzichten müßten, auf jenes Papier, das die Zeitung täglich in Massen braucht und das der Mensch für alle Zwecke im Leben benötigt. Bekäme ohne Papier ist nicht möglich, die Wirtschaft kann ohne es nicht leben, und wohin man blickt, wird das Papier gebraucht. Wir brauchen es geschäftlich und persönlich.

O, wir brauchen das geduldige Papier! Braucht es nicht das Kind, seinen Eltern Briefe zu schreiben, der Mann, die Frau, die Jugend, um den Lieben in der Heimat Lebenszeichen zu senden? Und es braucht der Dichter, der Staat, um die Gesetze bekanntzumachen. Das Papier braucht der Mensch, der für die Wahrheit kämpft, und es mißbraucht der, der seinen Kampf durch die Lüge führt. Ohne Papier gäbe es keine Fechter der Technik, keinen Fortschritt des Geistes, keinen Sieg der Kunst und Kultur!

Eine gewaltige Wandlung ist in den Jahrtausenden erfolgt. Unsere Vorfahren in grauen Zeiten kannten noch nicht die Macht des Papiers, das heute billig und in Massen hergestellt werden kann. Auf teuren Pergamenten schrieben sie ihre Weisheiten nieder, deren Verbreitung nur auf einem kleinen Kreis beschränkt blieb. Die Menschheitskultur mußte unter diesen Umständen das Gut weniger Menschen sein. Die Masse bliebe von der Kultur unbedeckt. Durch die Massenproduktion des Papiers mußte und muß dies anders werden.

Die Macht des Papiers, das durch die Kunst Gutenberg's mit den Worten der Freiheit und der Menschenliebe bedruckt werden konnte, hat es vermocht, den Willen der Menschen zum Schönen zu wecken. Die Masse der einstigen Sklaven verstand, sie muß verstanden, seit die Worte unserer Freiheitskämpfer auf dem bedruckten Papier fast mit Unbegreiflichkeit durch die Lande jagen können, seit der Mensch das gedruckte Wort begehrt, seit er zu lesen und das Geschriebene zu verstehen vermag.

Welche Macht stellt doch dieses dünne Papier dar, dieses Produkt, das leicht zerreißen und leicht verdrückt werden kann. Es spielt im Leben der Völker, die ihre Verträge in papierernen Dokumenten niederlegen, eine ebenso große Rolle wie im Leben des einzelnen. Ein einfaches Blatt Papier bringt oft schicksalsschwere Nachrichten, die das Leben des einzelnen, einer Familie, eines ganzen Volkes für immer entscheiden können.

Soll man erinnern an das Telegramm, das den Tod des lieben Freundes anzeigt, soll man an die Zeitung erinnern, die von Krieg und Vernichtung berichtet, die auf ihrem Papier mit großen Lettern für den Krieg eintritt, während die andere für den Frieden erfolglos kämpfte? Soll man an alle die Dokumente erinnern — beim Friedensvertrag angefangen bis zur Schöpfung des allumfassenden Völkerbundes —, die samt und sonders auf dem einfachen unzerbrechbaren Papier verewigt wurden! Und auf dem Papier werden einst die Bestimmungen des mahren Bundes der Völker stehen! Es wird nur an den Menschen liegen,

daß alles Gedruckte nicht nur auf dem Papier steht, sondern daß es mit echtem und rechtem Geist der Menschlichkeit besetzt wird. Der Geist muß da sein, der dafür sorgt, daß die Dokumente nicht zu gewöhnlichen Papierstücken werden, daß sie zu dem werden, was ihre Verfasser damit wollten.

Es gibt gutes und schlechtes Papier. Das schlechte wird aus Holz gemacht — aus gutem Stoff; das gute dagegen aus Lumpen — aus schlechtem Stoff! Welch ein Welterb!

Die großen Rollen Zeitungspapier erreichen eine gewaltige Zahl. Wie groß wäre der Papierweg, der in dieser Welt ausgelegt werden könnte, wenn nur das täglich verbrauchte Papier ausgebreitet würde?

Das Zeitungspapier trägt den Geist jener Menschen hinaus in die Welt, die an der Zeit des Tages arbeiten. Achlos wird oft die Zeitung beiseite geworfen, wenn sie in unserer Lage fast kaum flüchtig gelesen ist. So nimmt man dazu auch nicht gutes Papier.

Nur die Bücher sind meist auf edlem Papier gedruckt. Aber da gibt es gewöhnlich keinen Unterschied, schlechte Bücher haben gutes Papier und gute Bücher haben schlechtes Papier. Das kommt ganz auf den Verleger an.

Wir haben unsere Freude an den lauberen weißen Bogen und Blättern, über die das Auge geschäftig gleitet, wir freuen uns an den Bildern, die gute Künstler auf das Kunstbruderpapier gebracht haben und an jeder untern Bruderschaft hat der künstlerisch empfindende Mensch seine Freude. Es ist die Harmonie der guten Druckfärberei, das künstlerische Auge des Menschen erreicht.

Es gibt Papiere, die Jahrsdurchsicht überbauern mit ihrer unermüdbaren Fähigkeit, es gibt dünne Papiere, die kaum knistern, wenn sie der Mensch anfacht. Geruchlos, wie ein leiser Hauch der Zeit, hält es die menschliche Hand.

Wir preisen das Papier, das zum vollkommenen Werk unserer Kunst nötig ist. Und wenn wir die Seiten unserer Zeitung durchblättern, dann wollen wir nie vergessen, welche Aufgabe auch das Papier im Lebenskampf hat. So un-

sch mit dem alltäglichen Kleintram belasten und kann vor lauter Konzentration auf die Erledigung der materiellen Bedürfnisse der Familie kaum Minuten am Tage freihalten für die Aufnahme seelisch-geistiger Erlebnisse. So wird die Hausfrauenarbeit die Hausfrau in den Bannkreis materieller Lebensgegnung spannen, aus dem nur geistig lebensträchtige Frauen einen kühnen Durchbruch wagen.

Schon deshalb sollte man den Frauen, die tagtäglich am Kochherd stehen und die Essensfrage dem Manne abnehmen, die am Baldstrog sich rauhe und rissige Hände holen, unter dem Dachstod an der Nähmaschine Tag und Nacht sich abmühen, keine Sonne sehen und keinen Windhauch spüren, die in ihrem Herzen Sehnsucht tragen nach sonnigen Wiesen und duftenden Wäldern und sich ewig um die Kinder abmühen, all die Erziehungsorgen allein tragen und keine Hilfe vom Vater, dem Manne, erhalten. Ja, diesen Frauen sollte man Hausfrauenferien geben. Man sollte sie einmal aus ihren Küchen und Wohnungen herausnehmen und dorthin fahren lassen, wo nur die Sonne lacht und keine Arbeit winkt.

Wie gerne, ja wie gerne würden die Hausfrauen eine solche Ferienfahrt machen, Ferien vom Haushalt und einige Tage oder Wochen sorgenlos in den Tag hineinleben, ohne sich um das Essen, um die Kleider und zerfetzten Strümpfe kümmern zu müssen, ohne die kleinen Pflichten des Tages zu erdulden... Ja, das wäre ein Sehnsuchtsziel abgearbeiteter Frauen, die ihren Gesichtskreis einengen müssen, weil sie vor Arbeit keine Minute für außerhausfrauliche Sorgen und Mühen, Freuden und Erlebnisse finden.

Deshalb sei die Erringung der Hausfrauenferien für die Hausfrauen ein positives Kampfsziel in der heutigen Gesellschaft. Wenn auch nur in der sozialistischen Gesellschaft die Hausfrau eine dem Wert der Hausfrauenarbeit angemessene Ferienszeit bekommt, so muß trotzdem auch jetzt schon für ein solches notwendiges Ziel getämpft werden. Soll die Hausfrau nicht nur ein Arbeiterin sein, sondern auch ein Mensch mit bestimmten Lebensforderungen, dann hat sie ihre Ferienszeit genau so zu beanspruchen, wie der Mann seine Ferien als gerechtfertigt beansprucht. Nur eine Hausfrau, die einmal ausspannen kann, wird mit Liebe und Freude den Haushalt führen, denn die Hausführung ist eine schwere, die Arbeitskraft der Frau ganz in Anspruch nehmende Arbeit, die durch eine Ferienunterbrechung wieder leistungsfähig gemacht werden kann.

Deshalb... Hausfrauenferien!

Die Gewerkschaften bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

(IÖB.) Bei unseren Gegnern wird noch oft das Argument vorgetragen, daß die moderne Arbeiterbewegung wohl zum Umsturz bereit, hingegen nicht zum Aufbau imstande ist. Werden von den Arbeitern aufbauende praktische Vorschläge gemacht, so heißt es dann gewöhnlich, daß sie nicht durchgeführt werden können.

Daß sich die Arbeiterbewegung ihrer Aufgabe in diesen Tagen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten vollkommen bewußt ist, geht aus einem vom IÖB. aufgestellten und in der Mainnummer der „Internationalen Gewerkschaftsbewegung“ veröffentlichten Bericht über die Rolle der Gewerkschaftsbewegung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hervor.

Den angeschlossenen Gewerkschaften sowie der

Gewerkschaftszentrale von Griechenland wurden nachstehende drei Fragen gestellt: 1. Hat ihr Gewerkschaftsbund in den letzten Jahren praktische Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ihrem Lande vorgeschlagen? Wenn ja, welche? 2. Hat die Regierung (oder andere Instanzen) ihre Vorschläge in Erwägung genommen und ganz oder teilweise befolgt? 3. Wenn ja, welches sind die Auswirkungen in bezug auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit?

Abgesehen von Luxemburg und Frankreich haben alle dem IÖB. angeschlossenen Gewerkschaftszentralen obige Fragen beantwortet. Was die erste Frage betrifft, so zeigt es sich, daß unter Mitarbeit oder auf Anregung der Gewerkschaftsbewegung von zwei Ländern, d. h. Deutschland und England, der Regierung Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingereicht wurden, wobei auch speziell die in Betracht kommenden Mittel angegeben wurden. Auf anderem Wege, d. h. durch die Unterbreitung eines Programms von Forderungen, taten Belgien, Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Lettland, Memel, Holland, Oesterreich, Polen, Rumänien, die Schweiz, die Tschechoslowakei und Ungarn dasselbe.

In Dänemark unterbreitete die bis zum Oktober 1926 amtierende sozialdemokratische Regierung dem Parlament ein ausführliches Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Verwerfung dieser Vorschläge führte zur Demission der Regierung.

Die Beantwortung der Fragen 2 und 3 kann wie folgt zusammengefaßt werden: Bezüglich der Frage 2 teilten Belgien, Bulgarien, Deutschland, Holland, Lettland, die Schweiz, die Tschechoslowakei und Ungarn mit, daß einige ihrer Vorschläge von der Regierung übernommen und durchgeführt worden sind. England berichtet, daß die konservative Regierung die wichtigsten Vorschläge des Britischen Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterpartei unberücksichtigt ließ. In Jugoslawien, Memel, Oesterreich, Polen und Rumänien haben die Regierungen wenig oder nichts zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan. In Oesterreich war es allein die Gemeinde Wien, die durch systematische Durchführung von Wohn- und anderen Bauten usw. einer großen Anzahl von Arbeitern Beschäftigung gab.

Aus der Beantwortung der Frage 3 läßt sich bereits folgern, daß die Antworten auf Frage 3 wenig befriedigend sein können. Da die meisten Regierungen den Forderungen der Arbeiterschaft kein Verständnis entgegenbringen, ist auf dem Gebiete der wirkungsvollen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wenig geschehen. Nur in ganz wenigen Ländern, so u. a. in Deutschland, wurden Vorkehrungen getroffen, durch die einigen hunderttausend Arbeitern während einer bestimmten Zeit Beschäftigung gesichert wurde.

Das Uebel der Arbeitslosigkeit ist natürlich nicht allein in der ablehnenden Haltung der Regierungen zu suchen, sondern hat tiefere Ursachen, die mit der heutigen Produktionsanarchie und der ganzen Wirtschaftsordnung zusammenhängen. Die Ursache bleibt jedoch nicht weniger bestehen, daß auch diejenigen Mittel, die geeignet wären, die Arbeitslosigkeit zu mildern und für deren Praxis die Gewerkschaftsbewegung von fast allen Ländern die Wege gewiesen hat, von den Regierungen unbeachtet bleiben, woraus der Schluß zu ziehen ist, daß der so oft gegen die Arbeiterklasse gerichtete Vorwurf, daß sie zu keiner aufbauenden Arbeit fähig sei, auf die Regierungen zurückfällt.

Zur Lohnbewegung im Steindruckgewerbe am Niederrhein.

Wie in vielen Berufen, ist es auch bei allen unseren Verhandlungen mit den Steindruckunternehmern am Niederrhein zur Praxis geworden, kein Abkommen selbstständig mit uns abzuschließen, sondern durch Instanzen und Behörden Sprüche lösen zu lassen, die man ablehnt, um bei Verbindlichkeitsverletzungen alle Register des Wirtschaftstörers nochmals ziehen zu können. Leider haben sie immer Glück bei unserem staatlichen Schlichter für das Rheinland, der die Verbindlichkeitsklärung ständig ablehnt und einem kalten Vergleich das Wort redet. Dann beugen sie sich schmolend in das Unvermeidliche, das „Abgerungene“. Warum die Unternehmer unter Führung ihrer Syndikate nicht einsehen, daß solches Gebilde und Gebilde keinesfalls zur Sicherung des von ihnen so sehr gewünschten Wirtschaftsfriedens, der Fortentwicklung und Gesundung des Gewerbes beitragen kann, ist unbegreiflich. Wenn aber geglaubt wird, die Hilfsarbeiterkraft könne solche Verhandlungspraktiken ständig mitmachen, ist das ein verhängnisvoller Irrtum, der sich über kurz oder lang bitter rächen muß. Die verantwortlichen Führer im Arbeitgeberlager seien daher schon heute ernstlich gewarnt. Bei den bevorstehenden Manteltarifverhandlungen ist die beste Gelegenheit geboten, endlich wieder den altbewährten Weg gewerkschaftlicher Tariflicher Tugend und sozialer Einsicht zu wandeln.

Unsere Kündigung des ab Mai 1926 ablaufenden Lohnabkommens übertrumpfte die Unternehmerseite mit Kündigung des Manteltarifs unter gleichzeitiger Stellung von Verschlechterungsanträgen, wie sie nur von echt reaktionärer Seite erwartet werden können. Der Trumpf war jedoch zu früh ausgepielt, da nach dem für uns geltenden Tarif die Kündigung des Manteltarifs erst zum 1. Juli zulässig ist.

Ueber unseren Antrag, den Spigeltlohn ab 1. Mai um 8 Mt. zu erhöhen, wurde am 3. Mai mit einem starken Aufgebot von Lohnkontomissionen verhandelt. Die Verhandlungen waren von vornherein zur Ergebnislosigkeit verurteilt, weil die Unternehmerseite ein ansehendes gebundenes Mandat hatte und nur zu lächerlich geringen Zugeständnissen bereit war. Wir riefen den Schlichtungsausschuß an, der am 13. Mai nach vorausgegangenem lebhaften Verhandlungen folgenden Spruch fällte:

Vom 14. Mai 1927 erhöhen sich die heutigen Tariflöhne bis zum 30. September 1927 um 10 Proz., vom 1. Oktober 1927 ab um 12 1/2 Proz.

Diese Vereinbarung läuft auf unbestimmte Zeit; sie ist kündbar mit 14tägiger Frist, erstmalig zum 30. Dezember 1927.

Erklärungsfrist: 19. Mai 1927, 12 Uhr mittags.

Obwohl unser Schiedspruch nicht das brachte, was wir erwartet hätten, nahmen wir ihn an, da er uns die Möglichkeit ließ, ab Dezember neue Forderungen zu stellen. Wie gewohnt, lehnte die Gegenparte den Spruch ab und weiter mußte wiederum der Weg zum staatlichen Schlichter gewandelt werden, über dessen Bureaureise der unsichtbare Arbeiter-Hauslegen orakelt: „Lasset alle eure Hoffnungen draußen!“ Mit den schablonenhaften Argumenten über zum Teil sehr hohe libertarische Beziehungen und hohe Akkordverdienste, schlechten Geschäftsgang, Unterbilanz, Abdroppung des Exportgeschäfts, Tiefstand des örtlichen Lohnniveaus usw. operierten die Unternehmer, denen wir ein umfangreiches gegenteiliges Beweismaterial entgegenstellen konnten. Trotzdem schwang sich der Schlichter wiederum zu seiner Verbindlichkeitsklärung des Spruches auf, sondern glaube bei seiner Einigung einer Austragung des Streikes mit dem letzten Mittel das Wort reden zu müssen, damit beide Parteien Gelegenheit zur Abmilderung ihrer Kräfte bekämen. Da wir uns den Zeitpunkt solcher Kämpfe nicht vordrängen lassen, wurde nach stundenlanger Beratung folgende Vereinbarung getroffen:

Die Parteien einigen sich auf den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Rheynot vom 13. Mai 1927 mit der Abänderung, daß sich die geltenden Tariflöhne um 8 Proz. und vom 1. Oktober 1927 um 10 Proz. erhöhen.

schonbar, so notwendig uns dieser Stoff erscheint, so heilig wollen wir ihn halten und dafür sorgen, daß auf dem Papier und in der Tat nur für Wahrheit und Sittlichkeit, für Treue und Lauterkeit getämpft wird. Dann wird das Papier uns Mitstreiter sein, und die Menschen werden handeln im brüderlichen Geist!

Wandzeitungen.

Dem „Gewerkschaftlichen Bulletin“, das vom Zentralrat der Gewerkschaften in Sowjetrußland herausgegeben wird, entnehmen wir:

Als eine der interessantesten Erscheinungen der Selbsttätigkeit der Massen in der UdSSR sind die sogenannten Wandzeitungen anzusehen.

Wandzeitungen werden sie deshalb genannt, weil sie in den Betrieben und Behörden an der Wand aufgehängt werden. Sie werden mit wenigen Ausnahmen nicht durch Druckmaschinen hergestellt, sondern auf der Schreibmaschine in einem oder mehreren Exemplaren geschrieben. Sie sind die Pressorgane der Arbeiter und Angestellten einzelner Betriebe und Behörden. Das gesamte Material der Wandzeitungen, einschließlich der Zeichnungen und Karikaturen, die oftmals sehr künstlerisch ausgeführt werden, wird von den Arbeitern und Angestellten selbst ohne jegliche Unterstützung fremder Personen und noch weniger von Berufsjournalisten oder Künstlern geliefert. Diejenigen Personen, die des öfteren Beiträge für die Wandzeitungen liefern, werden in Gruppen von „Wandzeitungs-korrespondenten“ zusammengefaßt, die aus ihrer Mitte die Zeitungsredaktion bestimmen. In großen Betrieben beträgt die Zahl dieser Korrespondenten viele Dutzend von Personen.

Die Zeitungen erscheinen periodisch (gewöhnlich einmalt monatlich). Außer lokaler Information enthalten sie viel Material Kritik über den Charakter. Nicht nur die öffentlichen Organisationen der Fabrik oder der Behörde, sondern auch die Administration werden einer Kritik und der Saiten

unterzogen. Die Wandzeitungen sind solcher Art eine Tribüne, von der die Arbeiter alle mehr oder weniger wichtigen Dinge und Ereignisse des Betriebes einer kritischen Wertung unterziehen.

Die kritischeren Beiträge in den Wandzeitungen erfüllen fast immer ihren Zweck und tragen zur Beseitigung der verschiedenen Mängel und Aufhebung unrichtiger Handlungen der Administration bei.

In den Staatsunternehmen wird die Sache so organisiert, daß die Administration eine Untersuchung der in den Wandzeitungen mitgeteilten Tatsachen vornimmt und ebenfalls in der Zeitung davon Kenntnis gibt, welche Maßnahmen zur Aufhebung dieser oder jener Mängel ergriffen wurden.

Einige Wandzeitungen von Großunternehmen ver wandeln sich allmählich in große Betriebszeitungen, die auf gewöhnlichem typographischen Wege in einer Auflage von einigen tausend Exemplaren hergestellt werden. Eine solche Zeitung ist zum Beispiel die „Bagranka“ (Schmelzofen) der Fabrik „Serp i Molot“ (Schlüssel und Hammer) in Moskau, die Zeitung der Tabakfabrik in Kholm am Don usw.

In jedem Betrieb und in jeder Behörde, mit Ausnahme kleiner Unternehmen mit geringer Arbeiterzahl, bestehen Wandzeitungen. Die Zahl der Wandzeitungen im ganzen Lande beträgt einige Zehntausend, denen ständig eine gewaltige Zahl von Arbeitern und Angestellten Beiträge liefern.

Die Mitarbeit an den Wandzeitungen bildet für die Arbeiter eine Uebergangsstufe zur Vorbereitung an der Mitarbeit an der Tagespresse. Tausende von Mitarbeitern der Wandzeitungen werden, nachdem sie Erfahrungen sammeln, zu Korrespondenten der lokalen und zentralen Presse der Gewerkschaften und der allgemeinen Presse.

Die Wandzeitungen werden bei den Betriebs- und Angestelltenräten herausgegeben, die auch alle mit der Herausgabe der Zeitungen verbundenen Kosten tragen.

Es versteht sich von selbst, daß für die Mitarbeit an

den Wandzeitungen keinerlei Honorar gegeben und die ganze Arbeit ehrenamtlich geleistet wird, somit als freiwillige öffentliche Betätigung anzusehen ist.

Die Uhr.

Es gibt in der Tierwelt Wesen, deren Dasein nur den Sommer über währt, und Eichen gibt es, die Jahrhunderte überleben. Menschen gibt es, die in ihrem Schaffen eine bedeutende Rolle im sozialen oder geistigen Leben einnehmen, und Menschen, deren Leben einen bescheidenen Inhalt hat. Und doch, alle zusammen sind das Leben, und ob die lebendige Natur da draußen Monate oder Jahrhunderte lebt, sie ist Natur in dieser ihrer so mannigfaltigen Gesamtheit. Da jenseits vom einzelnen ist die Welt und wir können die Wahrheit nur erkennen, wenn wir die Welt betrachten als Ganzes.

Aber das geschieht bei vielen nicht. Sie sehen nur sich und ihr Los und ihr Schicksal, ihre Entwicklung, ihr Glück — und ihre Not. Und darum sehen sie unklar. Darum sehen sie die Wahrheit und die Entwicklung und den Fortschritt nicht.

Wie eine Uhr ist der Fortschrittsgang der Welt. Da sind kleine und größere Räder und große und kleine und jedes geht seinen Gang. Und da sind Räder, die langsam gehen, sehr langsam, und man merkt von ihrem Gehen nichts. Sie scheinen nichts zu bedeuten und, nur sie betrachtet, steht das Geheimnis still. Und doch geht es. Doch schreitet die Zeit. Doch ist ein Vorwärts.

Schalt ein Rad im Fortschritt der Welt bist du. Und dein Verband ist ein solches Fortschrittsrad. Und alle Gewerkschaftsverbände zusammen. Und das ganze schaffende Volk ist eins. Und eins ist die Menschheit. Und dieses große Gesamtwort geht. Zerweiche nicht! Fühle dich ein in das Große! Höre auf den Gongklang der Welt! Die Entwicklung schreitet. Aber laß dich nicht reifen, sondern treibe! Um so schneller zeigt die Uhr der Geschichte vorwärts! —

Die Sonderzulage für Bronze- und Buderarbeit (§ 3d des Manteltarifs) wird von 7 Proz. auf 12 Proz. erhöht.

Die Parteien können von dieser Vereinbarung bis zum 25. Mai 1927, mittags 12 Uhr, durch Erklärung gegenüber dem Schlichter oder dessen Vertreter zurücktreten.

In gut besuchten Versammlungen in Krefeld, Rheindorf, Bietzen und Kempen erlatete der Gauleiter Heilmann eingehenden Bericht über die Lohnverhandlungen. In zum Teil lebhaften Ausprüchen über das unzulässige Verhalten der Unternehmer wurde andererseits der Organisationsleitung und Lohnkommission Anerkennung für ihre Tätigkeit ausgesprochen und Entschuldigungen im nachstehenden Sinne mit überwiegender Mehrheit angenommen:

Die heutige, gut besuchte Jahrestellen-Versammlung nimmt Kenntnis von den Lohnverhandlungen für das Hilfspersonal in den niederrheinischen Steinbrüchbetrieben. Sie gibt dem Abkommen nur unter der Voraussetzung ihre Zustimmung, daß die Unternehmer bei den bevorstehenden Manteltarifverhandlungen und späteren Lohnverhandlungen mehr als bisher Entgegenkommen zeigen und sich nicht bloß von nackten Profitinteressen, sondern von sozialem Verständnis für das Hilfspersonal leiten lassen. Der Organisation wird vollstes Vertrauen entgegengebracht. Ihren Weisungen zu folgen ist die Kollegenchaft bei allen kommenden Anlässen pflichtgemäß bereit und wird alles daran setzen, die noch Absetzstehenden dem Verbande zuzuführen.

Der Kollegenchaft am Niederrhein kann nur empfohlen werden, wachsam und kampfbereit zu sein und vor allem dafür zu sorgen, die immer noch Absetzstehenden dem Verbande zuzuführen. Erfolge lassen sich nur erzielen durch eine aufgekärte und gut organisierte Hilfsarbeiterchaft, die seinen Kampf zu scheuen braucht.

Aus den Jahrestellen.

Dissen-Rothenselde. Am 8. Mai fand in Dissen die erste Versammlung des Hilfspersonals statt. Besucht war sie von 25 Personen. Die Anwesenden hielten die Ausführungen des Kollegen Spatuhl, Hannover, welcher eingehend über die Entstehung und den Weggang unseres Verbandes bis zum heutigen Tage referierte, dabei die Schwierigkeiten, aber auch die Erfolge, die erzielt sind, der Kollegenchaft vor Augen führend. Diese Erfolge könnten aber nur erreicht werden durch festes Zusammenhalten in der Organisation. Reicher Beifall folgte diesen Ausführungen. Hierauf wurde die Gründung der Jahrestellen Dissen-Rothenselde vorgenommen und zum Vorsitzenden der Kollege Fritz Rüdenhausen, Althe 74, bei Dissen, als Kassierer Kollege Wilhelm Bloemann, Hiltler bei Dissen, als Schriftführer Kollege H. Rohfeld, Dissen auf der Reu, und als Kassieren die Kollegen H. Borgmann und Walter Koch gewählt.

Am Verschiedenen wurde von der Kollegenchaft der Wunsch geäußert, bei der Geschäftsleitung am anderen Morgen wegen der Zahlung der Tariflöcher vorstellig zu werden. Dies ist geschehen, aber die Firma hatte keine Zeit und ließ hinterher sagen, sie wüßte keine Verhandlung, und wer sich nicht zufrieden geben wollte, wolle entfallen. Als der Vorsitzende erklärte, sie wollten alle arbeiten, aber mehr Geld haben, wurde der Kollege sofort entlassen, worauf alle die Arbeit niederlegten. Die Folge war Stillstand des Betriebes. Am Montag, dem 15. Mai, fanden Verhandlungen statt. Hier erklärte die Firma, den Tariflocher zahlen zu wollen, so daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Somit hat die Kollegenchaft gleich einen Sieg errufen, und es heißt, seine Rechte zu wahren. Hoffentlich wird die Kollegenchaft die richtigen Lehren heraus ziehen und ihre Organisation für die Zukunft gut ausbauen. Aufgabe der Kollegenchaft muß es nun sein, auch die in dem anderen Betriebe Beschäftigten für die Organisation zu gewinnen.

Hoffen wir also, daß auch die Jahrestellen Dissen-Rothenselde ein festes Glied in der Kette der Jahrestellen des Gaues 9 wird. In diesem Sinne begrüßen wir die neue Jahrestelle als Mitkämpfer.

München. Unsere Versammlung für das Steinbrüch-Hilfspersonal im oberen Saale der Koloosseums-Bierhallen, am Freitag, dem 27. Mai 1927, fand unter der Obhut der Polizei statt, und das kam so:

Samstag, den 28. Mai und Sonntag, den 29. Mai 1927 sollte in München der Silberjubiläum Reichsbannerfest stattfinden. Zehntausende von Reichsbannerkameraden waren von auswärts angemeldet, so daß eine wichtige Kundgebung in der königlich bayerischen Landeshauptstadt München für die Republik zu erwarten war. Diese fand natürlich nicht den Geßalen der Münchener bürgerlichen Zeitungen, der sogenannten Vaterländischen sowie der Polizeidirektion, und ließ Wochen später man Jeter und Morbio über diese Gemeinheit der Republikaner, und verlangte schärfenweg ein Verbot seitens der Polizei. Wahrscheinlich auf Veranlassung von Polizeispitzeln wurde am Mittwoch abend, den 25. Mai 1927, in einem Münchener Borort eine Kauferei provoziert, in welcher ein Nationalsozialist bedauerlicherweise sein Leben lassen mußte. Daß diese ruchlose Tat nur von Reichsbannerparteuten verübt werden konnte, darüber waren sich unsere rechtsstehenden Kreise alle einig, und so war diese willkommene Veranlassung, den Reichsbannerfesttag zu verbieten, gegeben. Auch das Kommit in Gärten der Koloosseums-Bierhallen, welches von der Reichsbannerpartei ausgeführt werden sollte, wurde gleichfalls verboten. Plakate, die von der Polizei angeschlagen wurden, verhängten: „Versammlungen politisch verboten.“ Ordnungshörern, wie die Münchener Arbeiter nun einmal sind, glaubten viele unserer Kolleginnen und Kollegen, daß die Hilfsarbeiterversammlung verboten sei, und lehrten uns. Trotzdem war eine stattliche Anzahl unserer Mitglieder in der Versammlung anwesend, und unsere Tagesordnung, Stellungnahme zu den Mantel-Tarifverhandlungen im Steinbrüchgewerbe konnte mit einer seltenen Einmütigkeit erledigt werden. In der Hoffnung, daß auch in den kommenden Versammlungen dieser gute Geist vorherrscht, wurde die Versammlung geschlossen. Nach der Versammlung blieb man im Gärten des Koloosseums im Verein mit maßgebenden, gleichgesinnten Genossen und Genossinnen und diskutierten über die Maßnahmen der Münchener Polizei. Der eine war für einen sofortigen Generalstreik, der andere für dies, und der dritte für jenes, kurz, man protestierte

gemaltig über diese Schikane seitens der Polizei. Schließlich ging man nach Hause, schiel den Schatz des Gerechten, und paffiert ist nichts.

Nürnberg-Fürth. Wohl in allen Jahrestellen, die nicht nur Buchdruck, sondern auch Steinbrüchpersonal haben, ergibt sich die Notwendigkeit, für das letztere von Zeit zu Zeit besondere Versammlungen, getrennt für Rannliche und Weibliche, abzuhalten. Damit soll nicht das ehemalige Sektionswesen der Gewerkschaften zu neuem Leben erweckt werden, sondern nur die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gruppen eine eingehendere Besprechung finden, als das in den allgemeinen Mitgliederversammlungen aus den allen bekannten Gründen möglich ist. Untere am 28. Mai abgehaltene Steinbrüchversammlung erweckte sich deshalb auch eines guten Besuches. Der 2. Vorsitzende, Kollege Stinwech, sprach über das Thema: „Was lehren uns die letzten Lohn- und Tarifverhandlungen?“ Aus den Erfahrungen heraus entwarf er in einem Rückblick auf die Anstaltszeit ein Bild von den damaligen Verhältnissen. Zu jener Zeit erhielten die verheirateten Schiefer dieselben tariflichen Zulagen wie die Weibchen, von denen sich nicht wenige über diese Gleichstellung entrüsteten. Man lebte in dem Wahn, das ginge auch nach der Stabilisierung der Währung immer so weiter. Im Herbst 1923 erfolgte hier im Lager des Schieferverbandes durch den Tod des Vorsitzenden ein Personal- und damit auch ein Systemwechsel. An die Stelle des Fachmannes trat ein Spinditus. Schon bei den ersten Verhandlungen wurden Versuche unternommen zur Niederhaltung der Löhne, die sich weit unter den Friedenslöhnen bewegen sollten, weil ja damals der neue Begriff des Entbehrungsfaktors geschaffen wurde. Als ob die Zeit von 1914 bis 1923, also volle neun Jahre, für den größten Teil des arbeitenden Volkes nicht eine Zeit der schwersten seelischen und körperlichen Not gewesen wäre. Mehrere Kollegen glaubten, wie beim Kriegsausbruch, so auch beim Anstaltsende, keinen Beitrag mehr zahlen zu können, wie man zur Entschuldigend anführte. Diese Auffassung von damals blieb auch den Unternehmern nicht unbekannt, so daß es nicht immer möglich war, Verschlechterungen völlig abzuwehren. Die Schiefer, die früher das Rückgrat der Organisation bildeten, haben die gewerkschaftliche Pflicht, auch die Kolleginnen mit zu erledigen, aus Beitragszahlerinnen Kampferinnen zu machen. Wie früher so muß auch jetzt mehr Hand in Hand gearbeitet werden. Die Leute, die den Beitrag sparen, haben deswegen auch kein Spartastentoma. Bei der Agitation hört man von ihnen statt sachlicher Einwände nur faule Ausreden und großes Schimpfen auf den Verband, weil er ihnen nicht genügend radikal in bezug auf die Lohnhöhe ist. Trotzdem betrachten es die Unorganisierten als selbstverständlich, daß der Verband auch für sie einen höheren Lohn erträmpelt, oder, wie es in einem Gebiete von dem „Indifferenten“ heißt: Kostet ihm der Verband das Geld, kommt er, um für zwei zu freffen. Nürnberg-Fürth gehört zu den Groß-Druckern; in der Entscheidung aber stehen wir teilweise zurück hinter kleineren Druckbetrieben, in denen der Reichstaxi für Buchdruck anerkannt ist. Mehr denn je muß durch Abhaltung von Geschäftsversammlungen für Aufklärung gesorgt werden. Der Verkauf der letzten Lohnbewegung von der Einreichung der Forderungen bis zur Fälligkeit des verbindlichen Schiedspruches, der eine zehnjährige Lohnverhöhung brachte, erfuhr eine ausführliche Schilderung. Die Kolleginnen haben in den Zwischenzeiten je einen Tag Urlaub mehr erhalten. Durch die Gleichstellung mit den Männern büßten diese einen Tag ein. Da es sich um einen verbindlichen Spruch handelte, waren wir machtlos. Bei größerer Gelassenheit hätte sich aber wohl der Abbau vermeiden lassen. Wo find heute jene Kollegen aus der Nachkriegszeit, die mit großen Gesten und starken Worten Rechte ausreißten wollten, sich aber von jeder Mitarbeit und Verantwortung drückten? Selber waren es nicht nur „Novemberrlinge“, sondern auch solche, von denen man mehr erwartete. Es darf nicht alle Arbeit von den Angestellten und Vertrauenspersonen verlangt werden; jeder ist zur Mitarbeit verpflichtet. Ein herausgegebenes Verbleibungsblatt, das sich mit den Tarifabschlüssen befaßt, ist in den letzten Tagen den Unorganisierten zugestellt worden. Der Erfolg ist zufriedenstellend. Mit der Aufforderung zum regen Kartenvoranschlag für das am 19. Juni stattfindende Langtranzschen fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Wiesbaden. Am 23. Mai 1927 hielt die Jahrestelle Wiesbaden eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende machte auf das bevorstehende Johannistfest der Buchdrucker sowie das Gewerkschaftsfest aufmerksam, und bat um zahlreichen Besuch. Dann hielt Bezirksvorsitzender Kollege Schäfer (Buchdruckerverband) einen Vortrag über „Die Gewerkschaften als Arbeiterbewegung.“ Der etwa einstündige Vortrag wurde mit sehr großem Beifall aufgenommen. Kollege Müller, Vorsitzender der Mainz Jahrestelle, der als Gast anwesend war, sprach in der Diskussion und rigte die große Interessenlosigkeit an der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Der Vorsitzende dankte Kollegen Schäfer für den lehrreichen Vortrag. Nach Erledigung interner Angelegenheiten kam ein Auszug der Jahrestellen Wiesbaden und Mainz zur Sprache, der am 8. Juli 1927 ausmarfcht werden soll, nach Heidenstadt (West. Jung). Abmarsch 1/2 Uhr, Cafe Kar- und Lohstr.

Rundschau.

Der Fehlbedarf an Wohnungen: 1.700.000! Die Zeitschrift des Preussischen Staatlichen Landesamtes stellt auf Grund sorgfältiger Schätzungen unter Hinzugabe der Statistik der Städtebauverordnungen von 1925, wie der Bevölkerungs- und der Bauzustand ist, daß, wenn man der Bevölkerung gleichwertige Wohnverhältnisse wie vor dem Krieg schaffen will, 1.700.000 Wohnungen gebaut werden müßten. Diese Ziffer stellt den objektiven Wohnungsbedarf dar, während der subjektive Wohnungsbedarf von dem Wunsch der einzelnen Personen nach einer selbständigen Wohnung abhängt. Infolge von Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung hat sich die Lage ergeben, daß die Kopfstärke der Haushaltungen von 4,53 pro Familie auf 4,07 gesunken ist. Dafür hat sich die Zahl der Haushaltungen sehr erheblich gesteigert. Die Zahl der Familien ist dabei um 3 Proz. höher als die der Haushaltungen. 1. Wenn man einer jeden Haushaltung eine eigene Wohnung zuteilen will, so müßte man im Deutschen Reich 1.200.000 neue Wohnungen (davon 800.000 in Preußen)

bauen. Die Veröffentlichung des Preussischen Landesamtes, das seine Schätzungen auf zwei verschiedenen Wegen, die zu übereinstimmenden Ergebnissen führten, gewonnen hat, kommt eigentlich zu noch höheren Ziffern, die sie aber mit Rücksicht auf Fehlermöglichkeiten absichtlich herabsetzt. Der jährliche Neubedarf an Wohnungen für die Unterbringung der neugegründeten Haushaltungen beträgt 160.000 im Reich, 100.000 in Preußen. 3. Des weiteren beträgt die Zahl der minderwertigen Wohnungen, die durch neue ersetzt werden sollten, im Reich 173.000, in Preußen 95.000. 4. Endlich müßte, um den Wohnungswechsel zu erleichtern auch ein Vorrat von leeren Wohnungen, wie dies vor dem Kriege der Fall war, vorhanden sein. Für diesen Zweck wäre der Bau von 330.000 Wohnungen im Reich (204.000 in Preußen) nötig. So entsteht in diesen vier Gruppen von Wohnungen ein Fehlbedarf von 1.700.000 Wohnungen im Reich und 1.100.000 in Preußen. So viele Wohnungen müßten gebaut werden, um die Wohnungsverhältnisse der Vorkriegszeit wiederherzustellen. Im vergangenen Jahr wurden zum erstenmal so viel Wohnungen gebaut, wie dem jährlichen Neubedarf ungefähr entspricht, die Verminderung des Fehlbedarfs aus den übrigen drei Gruppen wurde aber bisher noch nicht in die Wege geleitet.

Das Volkvermögen und die Arbeiterchaft. Mit Volkvermögen bezeichnet man den wirtschaftlichen Reichtum eines Landes. Der große Krieg hat natürlich auch auf diesem Gebiete wesentliche Veränderungen gebracht. Die am Kriege beteiligten Staaten wurden ärmer, während andere, z. B. die Vereinigten Staaten gewannen. Das Volkvermögen pro Kopf der Wohnbevölkerung beträgt gegenwärtig ungefähr in

Großbritannien	12.600 Mk.
Vereinigte Staaten	11.700 „
Schwiz	9.440 „
Spanien	5.800 „
Belgien	5.760 „
Frankreich	5.468 „
Deutschland	5.000 „
Holland	4.580 „
Schweden	3.340 „
Tschechoslowakei	3.020 „
Yugoslawien	2.840 „
Rumänien	2.580 „
Italien	2.540 „
Portugal	2.400 „
Oesterreich	2.180 „
Griechenland	1.740 „

Beachtenswert ist, daß die Schweiz neben Großbritannien in Europa an der Spitze steht. Die Schweiz last gar keine Rohstoffe und ist im Bezuge derselben vom Ausland abhängig. Dennoch übertrifft sie Deutschland fast um das Doppelte. Deutschland steht nicht am schlechtesten da. Man könnte nunmehr die Frage stellen, wie ist das Volkvermögen unter der Bevölkerung verteilt? Das Ergebnis ist nicht sehr froh. Gerade in Deutschland ist der Reichtum des Landes unter einer verhältnismäßig kleinen Schicht der Bevölkerung verteilt. Auf eine Familie zu vier Köpfen gerechnet, lämen nach obiger Aufstellung 20.000 Mark. Welche Familie ist in der glücklichen Lage, ein Vermögen von 20.000 Mark für eigen zu nennen? Die große Masse besitzt nichts als die nackte Existenz. Und um diese Existenz muß sie unablässig ringen.

Literatur.

Dr. Ernst Franke, Nürnberg: „Der Sozialismus der Arbeiterklasse.“ 48 Seiten. Großformat. 1,50 Mk. C. Kaufische Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin W. 90.

G. Engelbert Graf: „England als Arbeiterland.“ Jungsozialistische Schriftenreihe. 48 Seiten. Großformat. 1,50 Mk. C. Kaufische Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin W. 90.

Senke, Hermann: „Arbeit und Aufgaben.“ 112 Seiten. 1,50 Mk. C. Kaufische Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin W. 90.

Senke, Hermann: „Die Arbeiterbewegung.“ 112 Seiten. 1,50 Mk. C. Kaufische Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin W. 90.

Senke, Hermann: „Die Arbeiterbewegung.“ 112 Seiten. 1,50 Mk. C. Kaufische Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin W. 90.

Abrechnungen.

In der Woche vom 27. Mai bis 4. Juni sind folgende Geldbewegungen bei der Hauptkasse eingegangen:
Gau 1, Köln: 18.662,94 Mk., Gau 5, Dresden: 862,48 Mk. (Reisbetrag), Gau Thüringen: 1. Rate für 2. Quartal 1000 Mk. Berlin, den 4. Juni 1927.

Für die Woche vom 12. Juni bis 18. Juni 1927 ist die Beitragskarte in das 24. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Unser langjähriger Kollege Katharina Schwarz nebst ihrem Gemahl Ernst Beder (beide in Fa. Schwarz u. Dabbe) nachträglich zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Die Mitglieder der Jahrestelle Trier.

STERBETAFEL.

Am 19. Mai 1927 verstarb unsere liebe Kollegin die Unterzeichnete
Elsa Benkert
(Firma: Scheller & Giesecke, Schriftgießerei)
plötzlich und unerwartet an Herzschlag auf ihrer Arbeitstätt. Ein ehrendes Beerdigen bewahrt der Verstorbenen
Die Jahrestelle Leipzig.

Verantwortlich für Redaktion: Dr. G. Weiss, Charlottenburg, Westfälische Str. 15. Anst.: Amt Westend 1822. - Verlag: G. C. C. C. Charlottenburg. - Druck: Norddeutsche Buchdruck- und Verlagsanstalt, Charlottenburg. - Post: 1000. - Preis: 1,50 Mk. - Bestellungen: Postamt 1000. - Post: 1000.